



DER RICHTIGE WEG GEMEINSAM FÜR DIE VERFASSUNG

ROM 7. OKTOBER

Nationale Kundgebung

Die italienische Verfassung - die aus dem Widerstand hervorgegangen ist – **sieht ein Demokratie- und Gesellschaftsmodell vor, das die Arbeit, die Gleichheit aller Menschen und die bürgerlichen und sozialen Grundrechte zur Grundlage der Republik macht**, die der Staat in seiner einheitlichen institutionellen Gliederung aktiv zu fördern hat, indem er "die wirtschaftlichen und sozialen Hindernisse beseitigt, welche die Freiheit und Gleichheit der Bürger einschränken und welche die volle Entfaltung der menschlichen Person sowie wirksame Beteiligung aller Arbeitnehmer an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation des Landes verhindern".

Deshalb fordern wir, **dass die in der Verfassung verankerten Grundrechte wieder in vollem Umfang anerkannt und in allen Breitengraden des Landes (vom Norden bis zum Süden, von den Großstädten bis zu den Vorstädten, von den urbanen Zentren bis zum Landesinneren) konkret durchgesetzt werden**, angefangen bei:

- ▶ das Recht auf stabile, freie und qualitativ hochwertige **Arbeit** - Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung auf der Grundlage neuer industriepolitischer Maßnahmen -, die Überwindung der ausufernden prekären Beschäftigung, die Bekämpfung der ausbeutenden Arbeitsverträge, die Erhöhung der Löhne, die Erneuerung der Kollektivverträge, Erhöhung der Renten sowie die Überwindung des Fornero-Gesetzes. Jetzt ist es an der Zeit, den Mindestlohn einzuführen, den Verträgen einen allgemeinen Wert zu geben, das Vertretungsgesetz zu verabschieden und wesentliche Instrumente zur Bekämpfung von Piratenverträgen einzuführen.
- ▶ das Recht auf **Gesundheit** und einen nationalen Gesundheitsdienst sowie ein öffentliches, solidarisches und universelles soziales Gesundheitssystem, für das die notwendigen wirtschaftlichen, personellen und organisatorischen Ressourcen garantiert werden müssen, um der kontinuierlichen Schwächung des öffentlichen Gesundheitswesens entgegenzuwirken, die Lücken in der tatsächlich geleisteten Diensten, angefangen bei der territorialen Pflege, zu schließen und den Wert der Pflegearbeit zu erhöhen; Investitionen in das Personal mit einem außerordentlichen, mehrjährigen Einstellungsplan, der über die Stabilisierung und Fluktuation hinausgeht, um die Unsicherheit zu überwinden und die Professionalität zu erhöhen; Unterstützung der pflegebedürftigen Personen; Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Wiederbelebung Unfallprävention. Nur so kann die volle Anwendung von Artikel 32 der Verfassung gewährleistet werden.
- ▶ das Recht auf **Bildung**, von der Kindheit bis zu den höchsten Bildungsstufen, und auf lebenslange und kontinuierliche Weiterbildung, damit das Recht auf Lernen für alle und ein Leben lang gewährleistet ist.
- ▶ Bekämpfung von **Armut** und Ungleichheit und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Gewährleistung des Rechts auf eine Wohnung und ein Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. Die Regierung geht den umgekehrten Weg und streicht das Bürgergeld, wodurch viele Menschen ohne jegliche Unterstützung dastehen.
- ▶ das Recht auf eine **gesunde und sichere Umwelt**, in der Wasser, Boden, biologische Vielfalt und Ökosysteme geschützt werden. Deshalb ist es bedenklich, dass die Mittel für die Beseitigung der hydrogeologischen Instabilität aus dem Wiederaufbauplan PNRR gestrichen wurden, umso mehr angesichts der Überschwemmungen, die einige Regionen des Landes heimgesucht haben, und einer Klimakrise, die mit einem ökologischen Übergang auf der Grundlage des Schutzes und der Aufwertung der Arbeit und einer erneuerten und nachhaltigen Wirtschaft bewältigt werden muss.
- ▶ eine **Friedenspolitik**, die als Ablehnung des Krieges und als Aufbau eines Verteidigungssystems verstanden wird, das in die zivile und gewaltfreie Dimension integriert ist.

Diese Rechte können nur durch eine Umverteilung der Ressourcen und des Reichtums garantiert werden, die von denjenigen, die mehr haben, mehr verlangt, **um allen ein öffentliches und universelles Wohlfahrtssystem** zu garantieren, das schützt und den Bedürfnissen Rechnung trägt, beginnend mit einer **Steuerreform, die auf den Grundsätzen der Fairness, der Allgemeinheit und der Progressivität beruht**. Diese Prinzipien werden derzeit sowohl durch regressive Eingriffe - wie die Pauschalsteuer - als auch durch eine zunehmend unhaltbare Steuerhinterziehung verweigert. Darüber hinaus müssen soziale Gerechtigkeit sowie Umwelt- und Klimagerechtigkeit beim Aufbau eines Sozialmodells Hand in Hand gehen, das "im Interesse der künftigen Generationen" liegt, wie es in Artikel 9 unserer Verfassung heißt.

Dieses Sozialmodell, das auf Gleichheit, Solidarität, eine Willkommenskultur und Integration beruht, ist das **Gegenteil des Modells, das die derzeitige Regierungsmehrheit mit den ersten Entscheidungen, die sie bereits getroffen hat**, und vor allem mit den Maßnahmen, die sie zu erlassen gedenkt, verwirklichen will, angefangen bei denen, die - wenn sie nicht gestoppt werden - dazu führen, dass die Grundlagen der Struktur der Republik zu untergraben wird, wie z. B:

- ▶ die **differenzierte Autonomie**, die mit dem DDL von Calderoli wiederbelebt wurde und zur endgültigen Zerschlagung eines einheitlichen Systems von Rechten und öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung aller Gebiete führen wird.
- ▶ die Überwindung des Modells der parlamentarischen Republik durch die **Direktwahl des Regierungschefs** (Präsidentialismus, Semipräsidentialismus oder Premierminister), die die Räume der Demokratie, der Partizipation und der institutionellen, politischen und sozialen Vermittlung weiter verkleinern und das Gleichgewicht zwischen Repräsentation und Regierbarkeit unwiederbringlich zerstören wird.

Die aus dem Widerstand hervorgegangene antifaschistische Verfassung, die die Arbeit als grundlegendes Element, die Souveränität des Volkes, die Verantwortung der öffentlichen Institutionen für die Gewährleistung der substanziellen Gleichheit der Menschen, die Rechte der Frauen, die Pflicht zur Solidarität, die zentrale Bedeutung des **Schutzes der Umwelt und der Ökosysteme und die Ablehnung des Krieges** als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten anerkennt, sieht einen institutionellen Aufbau vor, der durch die **zentrale Stellung des Parlaments** am besten geeignet ist, diese konstituierenden Prinzipien zu gewährleisten und eine **Beziehung zwischen Bürgern und Institutionen** zu verwirklichen, die nicht allein mit der periodischen Ausübung der Stimme endet, sondern sich täglich in der demokratischen Dialektik und in der ständigen kollektiven Beteiligung der Repräsentation in all ihren politischen, sozialen und zivilen Ausprägungen entwickelt.

Um dem gegenwärtigen Kurs der Regierung entgegenzuwirken und die Notwendigkeit **eines Sozial- und Entwicklungsmodells zu bekräftigen, das von der Umsetzung der Verfassung ausgeht und nicht von ihrer Verfälschung**, verpflichten wir uns zu einem Weg der **Diskussion, der Initiative und der gemeinsamen Mobilisierung**, der - ausgehend von den Territorien - die Notwendigkeit wieder in den Mittelpunkt rückt, allen Menschen und im ganzen Land die Grundrechte zu garantieren und die Zentralität des Parlaments gegen jede Tendenz plebiszitärer Natur zu schützen, die sich auf den Mann oder die Frau an der Spitze stützt.

AUS DIESEN GRÜNDEN UND ZUR UNTERSTÜTZUNG DER GENANTEN VORSCHLÄGE, VERANSTALTEN WIR:

 Am **7. OKTOBER** eine große **nationale Kundgebung** in Rom für die **Arbeit**, gegen die **prekäre Beschäftigung**, für die Verteidigung und Umsetzung der **Verfassung**, gegen die **differenzierte Autonomie** und die Untergrabung unserer **parlamentarischen Republik**.

Anmeldung: segreteria@cgil-agb.it